

NACHRICHTEN

Livingstone fordert Blair heraus

LONDON: Gegen den Widerstand seiner Partei hat der britische Labour-Politiker Ken Livingstone seine Kandidatur für das Amt des Londoner Bürgermeisters angekündigt. Er werde sich als Unabhängiger aufstellen lassen, sagte Livingstone am Montag. Mit seiner Ankündigung, gegen den von Premierminister Tony Blair in der Partei durchgesetzten offiziellen Kandidaten Frank Dobson anzutreten, nimmt Livingstone den Ausschluss aus der Labour-Partei bewusst in Kauf. Livingstone ist seit 31 Jahren Labour-Mitglied. Allen bisherigen Meinungsumfragen zufolge hat er beste Chancen, gewählt zu werden. Der Urnengang findet am 4. Mai statt. Seine Ankündigung, sich als unabhängiger Kandidat zu bewerben, löste in der Labour-Partei heftige Reaktionen aus. «Ich bin zu tiefst davon überzeugt, dass Livingstone ein Desaster für London wäre», sagte Premierminister Blair. Er hatte schon bei der internen Kandidatenkür der Partei klar gemacht, dass er Livingstone als einen Kandidaten der Partei-Linken nicht akzeptieren würde.

Haider erhielt Einladung zur Fasnacht

ROM: Der italienische Badeort Lignano Sabbiadoro an der Adria hat den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider eingeladen, an seiner Fasnachtsfeier teilzunehmen. «Sollte Haider für den Fasching nach Lignano kommen, wäre er willkommen, wie alle anderen Österreicher», sagte Vizebürgermeister Massimo Brini am Montag in Udine. Lignano ist durch einen «Freundschaftspakt» mit der österreichischen Gemeinde Villach verbunden. Am kommenden Donnerstag will der Stadtrat von Lignano ein Solidaritätsdokument verabschieden, in dem die «Einmischung der EU in die internen Angelegenheiten Österreichs» zurückgewiesen wird.

CDU: Klage gegen Strafe eingereicht

BERLIN: Die CDU hat am Montag Klage gegen die 41-Millionen-Mark-Strafe eingereicht, die Parlamentspräsident Wolfgang Thierse gegen die Partei verhängt hatte. Sie stellte ausserdem Informationen über ihre Schweizer Konten in Aussicht. Die bereits früher angekündigte Klage gegen die Rückzahlung von staatlichen Parteienförderungsgeldern wurde beim Verwaltungsgericht in Berlin eingereicht. Thierse hatte seine Entscheidung mit dem unvollständigen Rechenschaftsbericht der Partei für 1998 begründet. In dem Bericht fehlten Angaben über Millionen-Beträge der hessischen CDU auf Schweizer Konten. Die CDU machte indes geltend, das Gesetz verlange nur die fristgerechte Vorlage des Berichts und stelle an seine Richtigkeit keine Anforderungen. Für die fehlenden Angaben über die hessischen Konten trage die Bundespartei zudem keine Schuld, argumentiert die CDU weiter. Thierse's Rückforderung erfolgt unabhängig von der zu erwartenden Strafe wegen der illegalen Spenden, die der frühere CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Helmut Kohl eingeräumt hat. Mit der Klage verschafft sich die CDU finanziellen Spielraum. Thierse hat 5,5 Millionen Mark einbehalten – die erste Tranche des Geldes, das der CDU für dieses Jahr zustehen würde. Diese Summe will Thierse mit der Rückzahlung verrechnen. Dagegen wehrt sich die CDU. Möglicherweise muss das Verwaltungsgericht diese Frage nun in einem Eilverfahren klären. Keine Klarheit hat die nationale CDU-Führung im Hinblick auf ihre Schweizer Konten. Ein Parteisprecher sagte, im Laufe der nächsten Woche werde es eine «abschliessende Bewertung» zu Konten der CDU in der Schweiz geben. Nach Aussagen des früheren CDU-Finanzberaters Horst Weyrauch und des Ex-Generalbevollmächtigten Uwe Lühje bestanden solche Konten schon vor 1971. Nach einem Bericht der «Berliner Zeitung» könnten sie bereits in den 50er-Jahren existiert haben und die Gut haben schon aus dem Vermögen der Zentrums-partei in den 30er-Jahren gespeist sein. So weit zurückliegende Vorgänge seien schwer nachprüfbar, sagte der Parteisprecher. Unterdessen wächst der Druck in der CDU, die Frage des Parteivorsitzes mit einer Befragung der Mitglieder zu klären. 13 jüngere CDU-Abgeordnete schrieben am Montag in einer gemeinsamen Erklärung, eine Befragung sei «ein richtiges Signal zum Aufbruch». Die Mitglieder hätten «gerade in der krisenhaften Situation ihrer Partei Anspruch auf Diskussion und Mitwirkung». In Hessen begann am Montag die juristische Untersuchung der Landtagswahl 1999.

Hunderte umgekommen

Tschetschenienkrieg: Berichte über hohe Verluste beider Seiten

MOSKAU: Der Tschetschenien-Krieg tobt möglicherweise heftiger als je zuvor. Am Montag gab es mehrere, allerdings unbestätigte Berichte über hohe Verluste beider Seiten bei schweren Kämpfen in den südlichen Gebirgsregionen.

Der Vizekommandant der russischen Kaukasus-Truppen, General Gennadi Troschew, behauptete am Montag, allein am Wochenende seien fast tausend Rebellen getötet worden. Umgekehrt verlautete aus Militärkreisen, im heftig umkämpften Argun-Flusstal seien bis zu hundert russische Fallschirmjäger gefallen.

Die Nachrichtenagentur Interfax zitierte den Gouverneur des nordwestrussischen Gebietes Pskow, Jewgeni Michailow. Dieser sagte, der Oberkommandierende der russischen Luftlandtruppen habe ihm mitgeteilt, bis zu 80 der gefallenen Soldaten gehörten einer in Pskow stationierten Division an. Unabhängige Berichte gab es nicht.

UNO verlangt Untersuchung

Experten der UNO-Menschenrechtskommission forderten die russische Regierung am Montag auf, Berichte über schwere Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien zu untersuchen.

Die UNO-Experten zitierten in ihrem Appell Berichte über Exekutionen von Zivilpersonen und Vergewaltigungen durch russische Soldaten. Sie erwähnten zudem Berichte über Folter in so genannten «Filtrationslagern».



Russische Soldaten tragen einen verwundeten Kameraden in der Region Argun in ein Militärhospital. (Bild: Key.)

Eine für Montag geplante Erkundungsreise einer Delegation der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) nach Tschetschenien wurde um mehrere Tage verschoben. Als Grund dafür wurden in Moskau offiziell «Sicherheitsprobleme» angeführt.

Die Delegation unter der Leitung des österreichischen OSZE-Botschafters Alfred Missong wollte sich erstmals ein Bild von der Lage im Kaukasus machen. Für die von IKRK-Präsident Jakob Kellenberger geplante Reise nach Moskau und in das Kriegsgebiet lag am

Montag immer noch kein Datum vor.

Zur Fahndung ausgeschrieben

Der tschetschenische Präsident Aslan Maschadow wurde inzwischen von den russischen Behörden zur landesweiten Fahndung ausgeschrieben. Maschadow werde Beteiligung an einem «bewaffneten Aufstand» vorgeworfen, meldete Interfax unter Berufung auf die russische Generalstaatsanwaltschaft.

Die russische Führung hatte bereits mehrfach betont, dass der 1997 in einer international anerkannten

Abstimmung zum Präsidenten Tschetscheniens gewählte Maschadow nicht mehr als Verhandlungspartner in Frage komme. Bereits Mitte Februar war gegen ihn ein Strafverfahren eröffnet worden.

In der Klosterstadt Sergijew Posad (früher Sagorsk) bei Moskau wurden am Montag 16 Polizisten der Elite-Einheit OMON beerdigt. Sie waren in der Vorwoche bei einem Partisanen-Angriff der Rebellen bei Grosny getötet worden. Rebellen hatten die Fahrzeug-Kolonnen aus dem Hinterhalt angegriffen und dabei 20 Polizisten getötet.

«Maulkorb» in Form von hohen Geldstrafen

Belgrader Studio B: Serbische Regierung versucht Sender zum Schweigen zu bringen

BELGRAD: Das serbische Regime versucht, den oppositionellen Belgrader Radio- und Fernsehsender Studio B zum Schweigen zu bringen.

Nur wenige Stunden nach einem Überfall auf die Sendetechnik und einer ungewöhnlich hohen Gebührenforderung verurteilte ein Richter den Sender am Montagabend zu einer maximalen Geld-

strafe wegen Beleidigung. Geklagt hatte ein serbischer Polizeigeneral.

Der Betreiber müsse 300 000 und der Chefredaktor 150 000 Dinar, umgerechnet 60 000 Franken, bezahlen. Die Grundlage des Urteils ist das umstrittene und drakonische serbische Informationsgesetz, das gegen unabhängige und private Medien gerichtet ist. Ein Oppositionsanwalt hatte in einer Sendung dem Polizeigeneral vorgeworfen, nach einem

mysteriösen Verkehrsunfall seine Ermittlungspflichten vernachlässigt zu haben. Bei dem Unfall war Vuk Draskovic, Chef der Serbischen Erneuerungsbewegung, beinahe ums Leben gekommen. Studio B gehört der Stadt Belgrad, die von der serbischen Opposition regiert wird.

Zuvor hatte der populäre Sender mitgeteilt, dass am Morgen fünf als Polizisten gekleidete und bewaffnete Männer die UKW- und Fernseh-

deanlage in einem Belgrader Vorort angegriffen und den Wächter und einen Techniker spitalreif geschlagen hätten. Die Angreifer hätten auch Teile der Sendetechnik gestohlen, so dass mehrere hunderttausend Zuschauer und Hörer in Serbien die Programme nicht mehr empfangen könnten, sagte Studio-B-Direktor Dragan Kojadinovic dem Belgrader Sender B2-92, der über die gleichen Anlagen sein Programm sendet.

Warnung vor neuem Krieg

Einseitiger Libanon-Abzug: Israelische Militärs befürchten Gewalttaten

TEL AVIV: Israelische Militärs haben am Montag vor einer möglichen Eskalation der Gewalt an der Nordgrenze gewarnt, wenn Israel seine Truppen in vier Monaten ohne Friedensabkommen aus Südlibanon abziehen sollte.

Das israelische Kabinett hatte am Sonntag einstimmig beschlossen, die Truppen bis Juli aus der so genannten Sicherheitszone abzuziehen. Es hiess, Israel wolle einen Abzug im Rahmen eines Friedensabkommens (mit Libanon und Syrien) anstreben, werde sich aber auch zurückziehen, wenn es kein Abkommen gebe.

Der ehemalige Generalstabschef Dan Schomron sagte am Montag im Radio: «Ein Abzug ohne Abkommen hiesse, ein grosses Risiko einzugehen.» Es sei möglich, dass die Kämpfe mit der pro-iranischen Hisbollah-Miliz an der Nordgrenze weitergehen würden, warnte er.

«Das wäre ausgesprochen gefährlich für die nordisraelischen Ortschaften.» Auch für die mit Israel verbündete Miliz «Südlibanesisch-



Eine israelische Mutter mit ihrem Kind ist, beschützt von israelischen Sicherheitskräften, unterwegs. (Bild: Keystone)

Armee» (SLA) wäre ein einseitiger israelischer Abzug ohne Abmachungen mit Libanon und Syrien katastrophal, meinte Schomron.

Israels Oberstes Gericht lehnte am Montag einen Antrag mehrerer SLA-Mitglieder auf Einbürgerung in Israel ab. Nach Radioangaben hatten die SLA-Repräsentanten

den Antrag im Namen von etwa 20 000 libanesischen SLA-Mitgliedern und deren Familien gestellt.

Das Gericht entschied, die SLA müsste sich mit der Zusage des israelischen Ministerpräsidenten Ehud Barak zufrieden geben, dass Israel ihre Sicherheit nach einem Abzug gewährleisten werde.

Aufhebung der Immunität?

SANTIAGO: Für den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet wird es nur drei Tage nach seiner Rückkehr aus 16 Monaten dauerndem britischem Hausarrest in sein Heimatland ernst. Der Untersuchungsrichter Juan Guzman beantragte offiziell die Aufhebung der Immunität des Senators auf Lebenszeit. Guzman bearbeitet insgesamt 61 Strafanzeigen gegen den ehemaligen Gewaltherrscher wegen der Gräueltaten unter der Militärdiktatur. Der Antrag wurde beim Appellationsgerichtshof in der Hauptstadt Santiago de Chile gestellt. Sollte das Gericht den Antrag ablehnen, könnte Guzman Berufung beim Obersten Gerichtshof einlegen. Dessen Entscheidung wäre dann nicht mehr anfechtbar. Pinochet ist nach Auffassung des britischen Innenministers wegen zahlreicher Gebrechen nicht verhandlungsfähig. Nach seiner Ankunft in Chile hatte er jedoch durch seine überraschend gute Gesundheit die demokratische Regierung in Santiago blossgestellt und empört.